

## **Eurokritische Parteien und Abgeordnete aus der Bundesrepublik Deutschland zur Wahl des Europäischen Parlaments am 25. Mai 2014**

Mit Pressemitteilung vom 03. April 2014 hat der Bundeswahlleiter - nach der Entscheidung über die noch vorliegenden Beschwerden durch den Bundeswahlausschuss - endgültig entschieden und bekannt gegeben, dass die nachfolgend aufgeführten 25 Parteien zur Teilnahme an der Europawahl am 25. Mai 2014 in Deutschland zugelassen sind:

1. Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)
2. Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
3. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)
4. Freie Demokratische Partei (FDP)
5. DIE LINKE (DIE LINKE)
6. Christlich-Soziale Union in Bayern e. V. (CSU)
7. FREIE WÄHLER (FREIE WÄHLER)
8. DIE REPUBLIKANER (REP)
9. PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ (Tierschutzpartei)
10. Familien-Partei Deutschlands (FAMILIE)
11. Piratenpartei Deutschland (PIRATEN)
12. Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)
13. Partei Bibeltreuer Christen (PBC)
14. Ab jetzt...Demokratie durch Volksabstimmung - Politik für die Menschen (Volksabstimmung)
15. Bayernpartei (BP)
16. CHRISTLICHE MITTE – Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten (CM)
17. AUF - Partei für Arbeit, Umwelt und Familie, Christen für Deutschland (AUF)
18. Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

19. Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)
20. Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale (PSG)
21. Alternative für Deutschland (AfD)
22. Bürgerbewegung PRO NRW (PRO NRW)
23. Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)
24. Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)
25. Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (Die PARTEI)

Nach derzeitigem Erkenntnisstand haben nachfolgende Parteien die unterschiedlichsten eurokritischen und europaskeptischen bzw. europakritischen Aspekte in ihren Programmen und Verlautbarungen (einschließlich der Pressemitteilungen) zur Europawahl 2014 bekanntgegeben und könnten als mögliche Partner einer eurokritischen Bewegung auf Europaebene zur Verfügung stehen. Es werden nur Parteien näher beleuchtet, welche nach allgemein gültiger Auffassung sowie herrschender Meinung in Deutschland im demokratischen Rahmen anzusiedeln und somit vertretbar sind.

### **1. FREIE WÄHLER (FREIE WÄHLER)**

Die Freien Wähler (Kurzbezeichnung: FREIE WÄHLER) entstanden aus dem Bundesverband Freie Wähler Deutschland heraus, in dem kommunale Wählergemeinschaften zusammengeschlossen sind, und ist mit diesem eng personell verzahnt. Die Freien Wähler gelten insbesondere deswegen als eine sehr inhomogene Gruppierung. Dort sind die unterschiedlichsten politischen Richtungen und Strömungen politisch aktiv. Bundesvorsitzender der Freien Wähler ist der aus Niederbayern stammende Hubert Aiwanger (Geburtsjahr 1971). Hubert Aiwanger ist Mitglied des Bayrischen Landtages und dort Fraktionsvorsitzender der Fraktion der Freien Wähler.

Bereits dem Wahlauftrag der Freien Wähler zur Europawahl 2014 ist zu entnehmen, dass Deutschland eine starke, unabhängige und sachbezogene Kraft der Mitte in Europa brauche. Die Freien Wähler wollen die EU mit ihren Erfahrungen aus den Kommunalparlamenten bürgernäher, verständlicher und demokratischer machen. Der Wähler solle seine Stimme nutzen, um für ein Europa der Bürger und Regionen zu kämpfen und solle damit auch ein Zeichen gegen Extremismus und Populismus in Deutschland und Europa setzen.

Dem mehrfach überarbeiteten Programm der Freien Wähler zur Europawahl sind diverse eurokritische und europaskeptische Punkte und Forderungen zu entnehmen.

So wirken sich nach deren Ansicht viele Entscheidungen aus Brüssel unmittelbar auf das Leben in ihrer Heimat aus. Die EU stelle dabei zentralistisch viele politisch Weichen, ohne dass die Bürgerinnen und Bürger eingebunden werden und somit nachvollziehen können, wie und weshalb Entscheidungen zustande kommen. Die bislang in Europa vertretenen Parteien und Abgeordneten hätten diese Fehlentwicklungen mit zu verantworten.

Europa dürfe nicht länger ein entferntes und wenig greifbares Projekt der Eliten und Lobbyisten sein. Die Bürgerinnen und Bürger wollen kein Europa befremdlicher Bürokratie und des Zentralismus, indem wichtige Entscheidungen hinter verschlossenen Türen getroffen werden. Die EU müsse stattdessen endlich von den Bürgern und Regionen getragen werden.

Das Ziel der Freien Wähler sei dabei ein Europa, das die Interessen der Bürger und Regionen nicht nur berücksichtigt, sondern ernst nimmt und tatsächlich als Grundlage für politische Entscheidungen heranzieht. Durch eine Politik des gesunden Menschenverstands, durch mehr gelebte Demokratie und Transparenz wollen die Freien Wähler wieder einen gesellschaftlichen Konsens über Europa herstellen sowie verlorengegangenes Vertrauen in die EU zurückgewinnen. Die Bürger müssten bei wichtigen europapolitischen Fragen mitentscheiden können.

Auch Volksentscheide werden von den Freien Wähler favorisiert.

Die Europäische Integration sei an einem Punkt angelangt, an dem eine weitere Souveränitätsabgabe nicht mehr ohne die Zustimmung des Volks erfolgen kann. Die Freien Wähler wollen ein Europa, das von den Bürgern akzeptiert ist. Sie fordern daher Volksentscheide zu zentralen europapolitischen Fragen. Bei weiteren EU-Vertiefungen im Sinne von neuen Aufgabenübertragungen muss der Bürger als Souverän über EU-Vertragsänderungen entscheiden können. Auch bei EU-Gesetzen müssten die Unionsbürger durch europäische Volksbegehren und Volksentscheide ein Mitentscheidungs- und Initiativrecht erhalten. Dies wollen diese durch Weiterentwicklung der Europäischen Bürgerinitiative erreichen.

Auch fordern die Freien Wähler mehr Verantwortung für die gewählten EU-Abgeordneten. Diese müssten die zentrale Rolle bei der Vertretung der Bürgerinteressen einnehmen und den Menschen Europa besser erklären und zugänglicher machen. Daher wollen die Freien Wähler die parlamentarische Debattenkultur wieder verbessern und die zum Teil undemokratische Meinungsfindung durch interne Absprachen, wie zum Beispiel die Einigungen über EU-Gesetze vor der ersten Lesung verbieten (sogenannte „first reading agreements“), da diese am Europaparlament vorbeigingen.

Weiterhin setzen sich die Freien Wähler auch für mehr Rechte für das Europaparlament und somit dessen Abgeordnete ein. So fordern die Freien Wähler in ihrem Europaprogramm auch, dass das Europaparlament mehr Mitsprache in weiteren politischen Schlüsselbereichen wie Fragen über die gemeinsame Währung und die Bereiche des Euratom-Vertrags erhält.

Außerdem seien eine Stärkung des Ausschusses der Regionen und seine Fortentwicklung zur dritten gleichberechtigten Kammer neben dem EU-Parlament und dem Ministerrat dringend notwendig. Denn nur durch Mitsprache und Zustimmung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften könne gewährleistet werden, dass europäische Politik auch von den Bürgern vor Ort akzeptiert wird.

Das erklärte politische Ziel der Freien Wähler ist es dabei, dem Ausschuss der Regionen selbst ein Mitentscheidungsrecht über EU-Gesetze zu geben. Künftige EU-Kommissare sollten in Zukunft gemeinsam durch das EU-Parlament und den Ausschuss der Regionen gewählt werden müssen.

Diese Vorgehensweise gewährleiste nach Ansicht der Freien Wähler, dass die höchsten europäischen Ämter von Vertretern bekleidet werden, die auch das Vertrauen der Regionen und Kommunen genießen.

Mehr Mitsprache der Menschen auch bei internationalen Abkommen und Verträgen.

Nach Auffassung der Freien Wähler werden Vertragswerke wie ACTA nach wie vor hinter verschlossenen Türen verhandelt. Während mächtige Interessenvertreter wie internationale Konzerne stark in die Verhandlungen eingebunden sind, erhalten die Bürger als Souverän keinerlei privilegierte Mitsprache.

Daher wollen sich die Freien Wähler dafür stark machen, künftig die Bedenken der Bürger beim Abschluss internationaler Verträge in das Europaparlament zu tragen und dafür sorgen, dass bereits während der Verhandlungsphase ein Höchstmaß an Transparenz von Seiten der EU-Kommission und der Staats- und Regierungschefs gewährleistet werde und das Europaparlament künftig von Beginn der Verhandlungen an völlig transparent eingebunden wird.

Die Freien Wähler wollen eine stabile Währung statt einer Schuldenunion und eine Parallelwährung.

Nach Ansicht der Freien Wähler brauchen wir Europäer dazu Rahmenbedingungen, die die Stabilität des Euro garantieren. Dazu müsste die Währungsarchitektur der EU grundlegend überarbeitet werden, um den Euro wieder auf ein starkes Fundament zu stellen. Dies gelingt nur mit soliden Staatsfinanzen und wettbewerbsfähigen Standortbedingungen in allen Mitgliedstaaten.

Zunächst streben die Freien Wähler also einen stabilen Euro an. Jedes Land müsse aber für seine Schulden selbst haften. Die Freien Wähler wollen sich für einen Euro stark, der wieder so attraktiv und solide werden muss, dass letztlich alle EU-Länder der Eurozone beitreten wollen. Um Euro-Krisenländern die Möglichkeit zu geben, sich wieder wettbewerbsfähig zu machen, fordern die Freien Wähler weiterhin die Einführung von Parallelwährungen - dadurch könnten diese wieder selbständig einen Wechselkurs bestimmen, der ihrer tatsächlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entspricht.

Garantierte Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB).

Die Freien Wähler fordern eine garantierte Unabhängigkeit der EZB und eine Zusammensetzung des EZB-Rates entsprechend der Kapitalanteile der Mitgliedstaaten. Die EZB müsse sich wieder vor allem um die Geldwertstabilität kümmern und von politischer Einflussnahme seitens der Nationalstaaten abgeschirmt werden.

Weiterhin setzen sich die Freien Wähler für eine Reform der Disziplinierungsmaßnahmen für Defizit-Sünder ein. Statt Geldstrafen fordern sie einen Entzug deren Mitbestimmung in der EZB und Eurogruppe. Die Doppelkompetenz der EZB, wonach sie gleichzeitig Notenbank und Bankenaufsicht ist, müsse wieder abgeschafft werden.

Ende der bisherigen Rettungsschirmpolitik.

Die Freien Wähler treten für ein Ende der bisherigen Rettungsschirmpolitik ein und lehnen darüber hinausgehende Rettungsmaßnahmen der EZB ab. Die Freien Wähler fordern deshalb die garantierte Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) und eine Zusammensetzung des EZB-Rates entsprechend der Kapitalanteile der Mitgliedstaaten. Die EZB müsse sich wieder vor allem um die Geldwertstabilität kümmern und von politischer Einflussnahme seitens der Nationalstaaten abgeschirmt werden. Zudem setzen sich die Freien Wähler für eine Reform der Disziplinierungsmaßnahmen für Defizit-Sünder ein. Statt Geldstrafen fordern die Freien Wähler einen Entzug der Mitbestimmung dieser Defizitsünder in der EZB und Eurogruppe. Die Doppelkompetenz der EZB, wonach sie gleichzeitig Notenbank und Bankenaufsicht ist, müsse nach Ansicht der Freien Wähler ebenso wieder abgeschafft werden. Die Freien Wähler treten deshalb für ein Ende der bisherigen Rettungsschirmpolitik ein und lehnen darüber hinausgehende Rettungsmaßnahmen der EZB strikt ab.

Ferner wollen die Freien Wähler den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) auflösen. Dessen Schirmsummen müssten daher systematisch bis zu seiner letztendlichen Auflösung zurückgefahren werden.

Die Freien Wähler werden bei jeder Umfrage der letzten Wochen vor der Wahl bei den sogenannten „Sonstigen“ aufgeführt, welche alle gemeinsam zumeist zwischen 6-8 Prozent liegen. Das bedeutet, die Freien Wähler sind von einem bundesweiten Erfolg weit entfernt und dürften wegen der aufgehobenen Sperrklausel sowie anhand ihrer vorausgegangenen Wahlergebnisse bei nationalen Wahlen bestenfalls mit zwei Abgeordneten in das Europäische Parlament einziehen. Laut der aufgestellten Liste der Freien Wähler würde dann Ulrike Müller (Listenplatz 1) gefolgt von Wolf Achim Wiegand (Listenplatz 2) in das Europäische Parlament einziehen.

Ulrike Müller ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler im bayrischen Landtag. Sie sitzt im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Sie ist von Beruf Bäuerin und setzt sich aktiv für diverse Umweltbelange ein. Frau Müller ist seit 1987 Mitglied der Freien Wähler Bayern und stammt aus der Region Oberallgäu. Sie hatte bereits diverse Mandate auf kommunaler Ebene inne.

Wolf Achim Wiegand war rund 25 Jahre Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD). In dieser Zeit hat Wiegand weder eine Parteiämter noch ein Mandat inne gehabt. Im Jahre 2009 trat er den Freien Wählern bei und baute Strukturen der Partei in Norddeutschland auf. Später wurde er Landesvorsitzender in Hamburg und dortiger Spitzenkandidat.

## **2. DIE REPUBLIKANER (REP)**

Die Republikaner (Kurzbezeichnung: REP) ist eine 1983 in München von ehemaligen Mitgliedern der CSU gegründete Partei. Demokratisch verortet wird diese Partei rechts von der Union aus CDU/CSU. Die Partei verfügt noch über schätzungsweise rund 6.000 Mitglieder und ist in diversen Kommunal-

parlamenten im südwestdeutschen Raum vertreten. Langjähriger Parteivorsitzender ist der ausgebildete Arzt und Jurist Rolf Schlierer.

Aus Sicht der Republikaner muss Europa eine Repräsentanz aller europäischen Nationalstaaten sowie das Europa einer friedlichen Zusammenarbeit unter einem Dach aller föderalistischen Länder und Regionen mit dem wirtschaftlichen Wohl für alle sein. Für die Republikaner muss der Kontinent Europa in der Vielfalt der nationalen Identitäten und gewachsenen Kulturen erhalten bleiben.

Grenzübergreifende regionale und nationale wirtschaftliche Zusammenarbeit sollen nach dem Willen der Republikaner weiter ausgebaut werden. Die Förderung des Strukturfonds der EU müsse auf die Strukturwandelprozesse und der Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen ausgelegt sein. Armut und Arbeitslosigkeit müssten durch starke Wirtschaftskraft gemeinsam bekämpft werden.

Für die Republikaner ist weiterhin eine weitere Transferunion nicht tragbar.

Jeder Staat habe in eigener Souveränität seine Wirtschaft und die Finanzen zu sichern. Haftungen sind nicht auf andere zu verlagern. Den ESM-Rettungsschirm, den Deutschland in eine nicht bezahlbare Haftung genommen habe, lehnen die Republikaner ebenso ab.

Für die Republikaner bedeutet Integration, dass jeder aktiv an seiner gesellschaftlichen und kulturellen Eingliederung zeitnah mitarbeitet.

Integration müsse aus Sicht der Republikaner als Bringschuld der Einwanderer gefordert werden. Um Migranten die gleichen Bildungschancen wie für Deutsche zu sichern, ist verpflichtend dafür zu sorgen, dass alle Kinder bei der Einschulung die deutsche Sprache beherrschen. Flüchtlingen und Einwanderern, die sich seit Jahren in Deutschland aufhalten, aber die Kultur und die europäische Lebensart durch Integrationsverweigerung ablehnen, soll das Aufenthaltsrecht entzogen werden.

Diesbezüglich fordern die Republikaner noch folgendes:

Ein Assimilationstest ist zwingend notwendig, um Integration zu gewährleisten.

Ergeben die Tests nach 18 Monaten Aufenthalt sprachlich und kulturell ersichtliches Desinteresse an einer Mitarbeit zur Integration, muss die Ausweisung erfolgen.

Ebenso sofortige Ausweisung nach rechtsgültiger Verurteilung wegen bei uns begangener Straftaten. Dazu ist die Eintragung in ein länderübergreifendes Datenregister erforderlich.

Die Republikaner unterstützen die freie Religionsausübung und das Recht, eigene Gebetsräume zu errichten, mit der Einschränkung, dass Bauwerke der abendländischen Kultur in Deutschland angepasst werden müssten.

Das Kommunalwahlrecht dürfe nur in Deutschland lebenden EU Bürgern vorbehalten bleiben.

Menschen mit Migrationshintergrund, die sich mit Deutschland identifiziert und sich in die Kultur und Lebensart eingebracht haben und damit ihre Assimilierung bestätigen, sollen alle Rechte und Möglichkeiten nach den Maßgaben der in Deutschland geborenen Bürger offenstehen. Die

Republikaner sind für die Schaffung gesetzlicher Voraussetzung zur Abschiebung militanter und gewaltbereiter Religionsfanatiker (Hassprediger) in deren Herkunftsländer.

Auszug aus dem Parteiprogramm der Republikaner zur Religions- und Glaubensfreiheit:

Wir Republikaner sehen Deutschland eingebunden in das christliche Abendland. Unsere Religionen, unser Glaube und unsere christliche Kultur müssen durch den Staat geschützt werden.

Jeder Mensch hat Anspruch auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dieses Recht umfasst die Freiheit, seine Religion oder seine Überzeugung zu wechseln so wie die Freiheit, seine Religion oder seine Überzeugung allein oder in Gemeinschaft mit anderen in der Öffentlichkeit oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Vollziehung eines Ritus zu bekunden. Der Artikel 18 der Menschenrechte beschreibt prägnant den politischen Grundsatz der Republikaner.

Das Menschenrecht der Religionsfreiheit ist für uns ein sehr hohes, zu schützendes Gut. Republikaner sehen keine allgemein gültige Religionsdefinition. Das bedeutet, dass dieses Thema immer einer besonderen Sorgfaltspflicht bedarf.

Unser Verständnis der verschiedenen Religionen differiert in der eigenen Historie einer jeden Religion und zwischen den verschiedenen Religionen.

Religionsfreiheit und deren Ausübung ist nach unserem Verständnis eine konsequent zu schützende Privatangelegenheit, in der ein Gläubiger nach seiner Religion leben kann, ohne die demokratischen Rechte anderer zu verletzen.

Differenziert dazu sehen wir Republikaner das muslimische Religionsverständnis, das in vielen Punkten mit unserer demokratischen Grundordnung und Verfassung nicht vereinbar ist.

Der Islam versteht sich als ganzheitlich – und zwar in einem für uns Westeuropäer ausgesprochen negativen Sinne. Ein fundamentalistischer Muslim sieht seine Religion keineswegs als Privatangelegenheit, sondern als verbindliche - und mit Gewalt durchzusetzende - Richtschnur für alle. Konsequenterweise befürwortet er die Errichtung eines Gottesstaates unter dem Diktat Allahs.

Nach ihrer Interpretation hat sich alles nach der Scharia zu richten. Deshalb lehnen wir jede Art von staatlicher Unterstützung zum Nutzen der Ausbreitung der gegenüber Nicht-Muslimen intoleranten Philosophie mit Entschiedenheit ab.

Nicht nur die demokratiefeindlichen Suren, sondern auch die Zitate der heutigen gewählten Führer sind entlarvend. Aussagen z.B. Beispiel Erdogan:

„Die Demokratie ist nur der Zug auf den wir aufsteigen bis wir am Ziel sind.“

„Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.“

Es gibt noch viele weitere entlarvende Aussagen, wie: Demokratie ist wie eine Straßenbahn. Wenn du an deiner Haltestelle angekommen bist, steigst du aus.

Die Prinzipien des Islam sind denen der Menschenrechte und der Glaubensfreiheit zum großen Teil diametral entgegengesetzt und verstoßen deshalb gegen die Glaubensfreiheit Andersgläubiger.

Die Umsetzung unserer Forderung, sich mit dem Islam offen und zur Aufklärung unserer Gesellschaft ohne Illusionen auseinanderzusetzen, um die schleichende Einführung der menschenverachtenden Scharia in unserem Land zu verhindern, ist einer unserer Programmpunkte zum Thema Religion und Religionsfreiheit.

In Bezug auf die Innere Sicherheit wollen die Republikaner durch eine kompetent agierende Innenpolitik die Sicherheit und Freiheit der Bürger schützen. Der Personalabbau bei der Polizei müsse dringendst gestoppt werden.

Auszug aus dem Parteiprogramm der Republikaner zur Inneren Sicherheit:

Transparenz und Überprüfbarkeit polizeilichen Handelns muss nachhaltig verbessert werden.

Gewalt gegen Polizisten muss mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt werden.

Die Republikaner wollen ein an der Zukunft orientiertes Sicherheitskonzept vorstellen, indem keine rechtsfreien Räume für jede Art von Gewalt und Terrorismus geduldet werden.

Alle Kriminalitätsfelder müssen durch Täter-Zuordnung wieder auf eine den Tätergruppen und deren Herkunft ausgerichtete Prävention ausgerichtet werden, um zur wirksameren Kriminalitätsbekämpfung beizutragen.

Die Einführung einer Bürgerpolizei (Blockwartprinzip) lehnen wir ab, da dies den Weg in die Privatisierung staatlicher Sicherheitsleistungen ebnet und damit das Gewaltmonopol des Staates ausgehebelt würde.

Auch den Einsatz der Bundeswehr zu polizeilichen Zwecken lehnen wir Republikaner entschieden ab.

Einem Überwachungsstaat mit totaler Erfassung der Bürger, wie zum Beispiel durch Scannen von Kfz-Kennzeichen und andere automatisierte Identifizierungsverfahren oder flächendeckende Videoüberwachung, kündigen wir unseren Widerstand an.

Polizei und Geheimdienste müssen strikt voneinander getrennt bleiben.

Nach Auffassung der Republikaner müssten die Aufgaben des Verfassungsschutzes in der Bundesrepublik Deutschland dringend modifiziert werden. Eine Zusammenarbeit bzw. Mitarbeit mit rechten, linken oder religiösen und anderweitig der deutschen Gesellschaft gefährdenden



ideologischen Gruppen müsse unter allen Umständen verhindert werden.

Der bisher praktizierte Einsatz - nach Gutdünken der Regierenden - in vielen Fällen mit selbstgestrickten Erkenntnissen getätigten Veröffentlichungen zum Schutz der etablierten Parteien müsse ein Ende gesetzt werden. Staatsorgane, die direkt oder indirekt in Terrorplanungen oder deren Umsetzung beteiligt waren, müssten mit den Tätern vor Gericht gestellt werden.

Auch die Republikaner werden bei jeder Umfrage der letzten Wochen vor der Wahl bei den sogenannten „Sonstigen“ aufgeführt, welche alle gemeinsam zumeist zwischen 6-8 Prozent liegen.

Das bedeutet, die Republikaner sind von einem bundesweiten Erfolg ebenso weit entfernt und dürften wegen der aufgehobenen Sperrklausel sowie anhand ihrer vorausgegangenen Wahlergebnisse bei nationalen Wahlen im allergünstigsten Fall mit einem Abgeordneten in das Europäische Parlament einziehen.

Laut der aufgestellten Liste der Republikaner würde dann der Spitzenkandidat Hermann Mack Mitglied des Europäischen Parlaments werden. Dieser ist seit dem Jahre 1989 Mitglied der Republikaner und selbständiger medizinischer Fußpfleger von Beruf. In den letzten 20 Jahren hat er diverse Parteiämter und Kommunalmandate inne gehabt.

### **3. Alternative für Deutschland (AfD)**

Die Alternative für Deutschland (Kurzbezeichnung: AfD) wurde am 6. Februar 2013 gegründet und trat erstmals bei der Bundestagswahl 2013 und der Landtagswahl in Hessen 2013 zu Wahlen an.

Anfangs vor allem als „Anti-Euro-Partei“ bezeichnet, verorteten Politikwissenschaftler und die etablierten Parteien diese im demokratischen Spektrum rechts von den Unionsparteien CDU und CSU. Sie gilt landläufig als Professorenpartei und verfügt über eine hohe und gefestigte Wissendichte.

Auszüge aus dem AfD-Programm zur Europawahl 2014 (beschlossen am 22. März 2014 auf dem Mitgliederparteitag in Erfurt) - Vorwort:

Die Alternative für Deutschland (AfD) will eine Europäische Union (EU) souveräner Staaten. Einen europäischen Bundesstaat nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika lehnt die AfD ab, da es keine europäische Nation und kein europäisches Staatsvolk gibt.

Die Europäische Union ist der Freiheit, dem Frieden, dem Wohlstand und der sozialen Sicherung verpflichtet. Sie hat zum deutschen und europäischen Wiederaufstieg, zum Wirtschaftsaufschwung, zur Völkerverständigung und zur deutschen Wiedervereinigung beigetragen.

Die Alternative für Deutschland (AfD) bekennt sich uneingeschränkt zu einer Europäischen Union, die der Aufklärung sowie dem Streben der Völker nach

Menschenrechten und Demokratie gerecht wird und die die Wertegrundlagen des christlich-abendländischen Kulturkreises dauerhaft erhält.

Die europäische Einigung konnte Frieden und wachsenden Wohlstand ermöglichen, weil ihre Mitgliedsstaaten Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und soziale Marktwirtschaft verwirklicht haben. Diesen Erfolgen stehen Auswüchse der EU in Form von Zentralismus, Bürokratie und Dirigismus entgegen, die den historischen Erfolg Europas in immer stärkerem Maße bedrohen. Zudem werden die Erfolge der europäischen Einigung immer stärker durch den Euro gefährdet. Die Einheitswährung sät Zwietracht in der Eurozone, weil Südeuropa verarmt und die Gelder anderer Länder im Norden beansprucht.

Mit der „Eurorettung“ wächst - ohne demokratische Kontrolle - die Machtfülle europäischer Institutionen: Der Europäischen Zentralbank, der Europäischen Kommission, des Europäischen Stabilisierungsmechanismus und der Bankenunion. So entsteht ohne Zustimmung der Bürger ein bürgerferner Kunststaat, der auf Vertrags- und Rechtsbrüche zurückgeht. Zusammen mit gewaltigen ökonomischen und sozialen Verwerfungen in den Südländern, der schleichenden Enteignung von Sparern und der ungerechten Belastung von Steuerzahlern der ökonomisch stabileren Staaten führt dies zu einer steigenden Ablehnung der EU durch ihre Bürger. In einzelnen Staaten wird sogar offen der Austritt aus *dieser* EU gefordert.

Um Europa wieder eine gedeihliche Zukunft zu geben, tritt die AfD für eine Europäische Union ein, die auf Subsidiarität statt auf Zentralismus und auf Wettbewerb statt Gleichmacherei und Harmonisierung setzt. Die AfD besteht auf der Eigenverantwortung der Mitgliedsstaaten für ihre jeweilige Wirtschafts- und Fiskalpolitik. Sie lehnt jede Form der Vergemeinschaftung von Schulden entschieden ab – egal ob in Form von Eurobonds oder gemeinschaftlich finanzierten Institutionen wie EZB, ESM oder Bankenunion.

Ein starkes und solidarisches Europa braucht ein leistungsfähiges und selbstbewusstes Deutschland. Denn nur so können wir uns der schleichenden Kompetenzerweiterung von EU-Institutionen entschieden widersetzen. Nur so kann gesichert werden, dass das Budgetrecht der nationalen Parlamente nicht angetastet wird. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik in der Gestaltungshoheit der Mitgliedsstaaten verbleibt.

Die Alternative für Deutschland bejaht und verteidigt den Binnenmarkt als die größte Errungenschaft der Europäischen Union. Sie befürwortet die vier Grundfreiheiten der EU: freier Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital. Zudem kann es jenseits der gemeinsamen Klammer des Binnenmarktes Kooperationen geben, an denen jeweils nur ein Teil der europäischen Staaten teilnimmt.

Ein "Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten" haben wir bereits heute, da der Euro oder die Schengen-Vereinbarungen nicht von allen Staaten akzeptiert werden. Verschiedene Integrationsgeschwindigkeiten sind dabei die natürliche Folge einer EU

der souveränen Nationalstaaten. Dies muss so sein, weil das Ausmaß der Zusammenarbeit in jedem einzelnen Staat von dessen Bürgern bestimmt wird und nicht zentral von „Brüssel“.

Die souveräne Entscheidung der Bürger muss stärkerer Integration in bestimmten Bereichen nicht entgegenstehen. Integrationsschritte sind richtig, wenn sie dem Bürgerinteresse dienen und auf nationaler Ebene keine befriedigenden Regelungen gefunden werden können. Beispiele sind grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte oder eine Stärkung der Kartellaufsicht zur Sicherung fairen Wettbewerbs innerhalb des gemeinsamen Marktes.

Andererseits schwächen zentralistische Maßnahmen wie die angebliche Euro-Rettung die Selbstständigkeit der europäischen Staaten. Sie stehen deshalb im Widerspruch zu einem demokratischen, freiwilligen Zusammenwachsen der Völker Europas. Zudem nehmen sie ihnen Wohlstand und Zukunftsperspektiven.

Die AfD will keine EU der geretteten Banken, der Hoffnungslosigkeit arbeitsloser Jugendlicher und der Minimalrenten für die Alten! Vielmehr soll der Mensch Mittelpunkt einer EU der starken Nationen sein, in der alle Menschen ihren Bildungs-, Berufs- und Lebensweg nach ihren Neigungen und Begabungen gestalten können und sich in selbstbestimmter sozialer Verantwortung ihren bedürftigen Mitmenschen zuwenden.

Europa muss aus seinen Völkern heraus wachsen statt von oben herab erzwungen zu werden. Die AfD steht für eine EU der inneren Stabilität, des wirtschaftlichen Erfolges und der sozialen Sicherung; eine EU, in der jeder Mensch eine angemessen entlohnte Arbeit findet, die Perspektiven für junge Familien lohnend und die Renten nach einem langen Berufsleben auskömmlich sind. Sie will eine EU der Demokratie, der Freiheit, der Gerechtigkeit, des Rechts und der Solidarität mit den wirklich Bedürftigen. Das sind wir unseren Kindern schuldig.

Den einzelnen (entscheidenden) Programmpunkten ist zu entnehmen:

Die EU wird durch den Einheits-Euro gefährdet.

Die großartige Idee eines friedlichen, demokratischen Europas zerbröseln unter dem Druck der Sanierungsprogramme, die den Krisenstaaten aufgezwungen werden. Demokratisch nicht angemessen legitimierte Gremien wie die Europäische Zentralbank (EZB), die EU-Kommission oder der Internationale Währungsfond (IWF) erlassen gesetzesgleiche Regelungen und errichten mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) oder der Bankenunion Institutionen, die ohne jede parlamentarische Kontrolle in das Leben der einfachen Menschen in Griechenland, Portugal oder Zypern eingreifen. Nie war die EU innerlich so zerrissen wie heute. Dazu kommt, dass sich die Bundesregierung als Vertreter des potenziell größten Gläubigers dazu aufgerufen fühlt, sich ständig in die inneren Angelegenheiten der Länder im Süden Europas einzumischen. Zu dieser bedrückenden Situation muss es eine Alternative geben.

Euro-Währungsunion und Staatsschuldenkrise.

Die Einführung des Euro war eine Entscheidung gegen die ökonomische und politische Vernunft. Längst hat sich herausgestellt, dass der Einheits-Euro Europas Grundlagen zerstört. Er bewirkt Streit und das Wiederaufleben nationaler Vorurteile. Der Wohlstand und der Friede unter den Mitgliedsstaaten in der Eurozone sind gefährdet. Durch ihn sind grundlegende Prinzipien wie Subsidiarität, Haftungsausschluss für andere Eurostaaten, Wettbewerb zwischen den Nationen, Unabhängigkeit der EZB und die Rechtsstaatlichkeit verletzt worden. Der blinde Glaube an den Euro und seine angebliche Alternativlosigkeit machen es unmöglich, die Ursachen der Krise zu korrigieren. Die sogenannte Eurorettungspolitik entwickelt sich deshalb zu einem Fass ohne Boden.

Der Einheits-Euro hat zu einem Desaster geführt.

Der Euro lässt nur eine einheitliche Geldpolitik für alle Mitgliedsländer zu. Weder die Zinsen noch der Wechselkurs können den Bedürfnissen der einzelnen Volkswirtschaften angepasst werden. Die Einheitswährung hat dazu geführt, dass der Euro für den Süden Europas sowie für Frankreich überbewertet ist.

Der Euro fördert die Importe in diese Länder und behindert deren Exporte. Die Folge sind krisenhafte Leistungsbilanzdefizite, Wachstumseinbrüche und dramatische Zuwächse der Arbeitslosenzahlen, insbesondere bei den Jugendlichen. Schon deshalb ist eine alternative Währungspolitik geradezu ein Gebot der Solidarität mit dem Süden Europas.

Für Deutschland ist der Euro dagegen unterbewertet. Deutsche Exporte werden künstlich verbilligt, Importe zulasten der Konsumenten und der heimischen Produzenten verteuert.

Die finanziellen Folgen im Süden der Eurozone müssen nun deutsche Steuerzahler tragen. Über tilgungsfreie Zentralbankkredite (Target 2-Salden) wird unser Exportüberschuss bei einem Zusammenbruch der Eurozone ohne reale Gegenleistung an Länder mit „Target 2 Schulden“ verschenkt.

Da sich die Geldpolitik für alle Mitgliedsstaaten aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im EZB-Rat an den Notwendigkeiten in den Krisenstaaten orientiert, werden die deutschen Sparer bei Niedrigzinsen systematisch enteignet. Die Eurorettungspolitik untergräbt das Prinzip der Subsidiarität durch die zunehmende Zentralisierung ökonomischer Entscheidungskompetenzen. Wurde mit Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon noch der produktive Wettbewerb zwischen den Ländern propagiert, führt die Einheitswährung jetzt zwangsläufig zu einer schädlichen Gleichmacherei („Harmonisierung“) und damit zu einer langfristigen Schwächung der gesamten Eurozone.

Da die Reformen im Süden der Eurozone und in Frankreich bisher ungenügende Resultate erzielt haben, wird zunehmender Druck auf Deutschland ausgeübt, seine Wettbewerbsvorteile abzubauen. So fordert Brüssel den Abbau deutscher Exportüberschüsse, Frankreich die Erhöhung deutscher Arbeitskosten sowie die Einführung von Mindestlöhnen in Deutschland und die Kommission die Zusammenlegung der Arbeitslosenversicherungen in der Eurozone.

Dies ist ein ökonomisch falscher Weg, der zu Stagnation und Arbeitslosigkeit in der ganzen Eurozone führen wird. Handelsbilanzüberschüsse zwischen Mitgliedsstaaten der Eurozone sind das Ergebnis freien Wettbewerbs. Die AfD lehnt jegliche Sanktionierung solcher Überschüsse ab

Für eine flexiblere Währungsordnung.

Schon die bisherigen Krisen haben gezeigt, dass ein abruptes und chaotisches Ende des Euro nicht ausgeschlossen werden kann - ausgelöst durch Erschütterungen auf den Finanzmärkten oder durch eine politische Krise in einem Mitgliedsland. Auch deshalb plädiert die AfD für einen geplanten und geordneten Ausstieg aus dem Einheitseuro. Bisher wurden die unterschiedlichen ökonomischen Kulturen in den Mitgliedsländern den Bedürfnissen einer Einheitswährung untergeordnet. Die AfD plädiert dagegen für den umgekehrten Weg, für eine Währungsordnung, in der sich die Währungen den unterschiedlichen Ökonomien anpassen können.

Die AfD fordert eine Auflösung, zumindest aber eine vollständige währungspolitische Neuordnung des Euro-Währungsgebietes. Als erster Schritt muss dazu jedem Land das Recht eingeräumt werden, die Eurozone zu verlassen, ohne aus der EU auszuscheiden. Davon sollten die Länder Gebrauch machen, die die Bedingungen der Währungsunion nicht erfüllen können oder wollen.

Andernfalls sollten die stabilitätsorientierten Euroländer unter sich ein kleineres, am Maastricht-Vertrag angelegtes Währungssystem bilden. Dabei kann man sich an dem vor 1998 bestehenden Europäischen Währungssystem (EWS) orientieren. Damals gab es feste, in Ausnahmefällen aber anpassungsfähige Wechselkurse, mit denen Währungsstabilität und Wettbewerbsfähigkeit der teilnehmenden Länder gesichert wurde.

Wenn keine dieser beiden Lösungen erreicht werden kann, muss Deutschland den Austritt aus der Euro-Währungsunion anstreben. Auch dann würde die AfD eine Währungszusammenarbeit wie im früheren EWS anstreben.

Analog zum Vorgehen bei der Einführung des Euro können beim Austritt übergangsweise Parallelwährungen getrennt für den baren und den unbaren Zahlungsverkehr eingeführt werden.

Stabilitätsunion statt Schuldensozialisierung.

Die AfD fordert die Rückkehr zu einer Stabilitätsunion, in der jedes Land für seine Finanzpolitik selbst verantwortlich ist. Sie fordert die Rückkehr zur Unabhängigkeit der EZB, zu stabilen Währungen und zur Haushaltsdisziplin. Sie lehnt eine Haftung für die Schulden anderer Staaten über den ESM genauso nachdrücklich ab wie gemeinsame Staatsanleihen (Eurobonds) oder die vertragswidrige Finanzierung von Staatsschulden durch die EZB. Auch eine Haftung für die Schulden fremder Banken über die europäische Bankenunion kommt für die AfD nicht in Frage. Die Geldpolitik muss wieder allein der Preisstabilität dienen und darf nicht länger zur Staatsfinanzierung missbraucht werden.

Die AfD fordert dazu:

- Ein deutsches Veto gegen weitere Hilfskredite des ESM. Der ESM ist aufzulösen und die Ausnahmeregelung im Lissabon-Vertrag (Art. 136 Abs. 3 AEUV<sub>1</sub>) ist aufzuheben.

- Nachdem das Bundesverfassungsgericht die EZB-Ankündigung eines unbegrenzten Ankaufs von Staatsanleihen (OMT-Programm) als europarechtswidrig eingeschätzt hat und der EZB vom Bundesverfassungsgericht damit bescheinigt wurde, gegen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung zu verstoßen, ist das Programm sofort zu beenden. Der EZB ist der Kauf von Staatsanleihen generell zu untersagen.
- Das Stimmgewicht in der EZB muss dem Kapitalschlüssel (Deutschland: 27 %) entsprechen. Gleichzeitig ist sicherzustellen, dass grundlegende Entscheidungen nur mit einer qualifizierten Mehrheit von 75% getroffen werden können.
- Der Missbrauch des Euro-Zahlungsverkehrssystems "Target 2" als billiger Kreditersatz für Krisenländer ist zu beenden. Das bereits entstandene, milliarden schwere Ausfallrisiko zu Lasten der Geber-Länder ist schrittweise zurückzuführen. Der Ausgleich neu entstehender Target-Salden ist ab sofort jährlich vorzunehmen.
- Im Falle einer Beendigung oder Verkleinerung der Währungsunion muss gesichert sein, dass die Goldbestände der Bundesbank nicht als Pfand zurückgehalten werden können. Sie sind deshalb zügig nach Frankfurt zurückzuführen.
- Um Währungsverbände kalkulierbarer zu machen, fordert die AfD, dass sich die Mitgliedsstaaten der Eurozone - unter Einbeziehung der Erfahrungen des Pariser Clubs - auf ein verbindliches staatliches Insolvenzverfahren einigen.
- Bevor die Steuerzahler anderer Länder in Anspruch genommen werden, sollten die finanziellen Folgen der Misswirtschaft zunächst durch eine Solidaritätsabgabe der Vermögenden im eigenen Land reduziert werden.

Keine Sozialisierung von Bankschulden.

Grundsätzlich sollte jedes Land für die Stabilität und die Werthaltigkeit seines Bankensystems selbst verantwortlich sein. Deshalb lehnt die AfD eine europäische Bankenunion ab und fordert stattdessen die Re-Nationalisierung der Stabilisierungsbemühungen des Bankensektors. Mit der geplanten europäischen Einlagensicherung würden im Krisenfall nicht nur die deutschen Einlagen im ESM, sondern auch noch die Schulden ausländischer Banken unseren Sparern und Steuerzahlern aufgebürdet.

Eine gemeinschaftliche Haftung verbietet sich schon deshalb, weil die Banken in den einzelnen Mitgliedsländern gravierend voneinander abweichende Risikostrukturen aufweisen. Deutsche Finanzinstitute mit vergleichsweise soliden Finanzen würden so zur Sanierung maroder Banken in Krisenländern herangezogen. Hier handelt es sich um Größenordnungen, die die Staatsschulden der Krisenländer weit übersteigen und die am Ende vor allem deutsche Sparer treffen würden.

Eine europäische Bankenunion gefährdet besonders die soliden Sicherheitssysteme deutscher Sparkassen und Volksbanken.

Auch die Bankenaufsicht sollte in der Verantwortung der einzelnen Mitgliedsländer liegen. Nur so ist eine sachgerechte und den einzelnen Volkswirtschaften am besten entsprechende Kontrolle möglich. Die damit betraute EZB ist, ihrer Bestimmung gemäß, ausschließlich der Geldwertstabilität verpflichtet und darf nicht weiter in Interessenskonflikte verwickelt werden.

Banken sollten nicht länger auf Grund ihrer Größe ihre angebliche Systemrelevanz zur Erpressung von Regierungen und Steuerzahlern verwenden können. Deshalb fordert die AfD die Aufspaltung der Großbanken in kleinere Einheiten nach schwedischem Vorbild.

Die AfD setzt sich für ein bilanzielles Trennbankensystem ein. Banken müssen getrennte Bilanzen für ihr Einlagengeschäft und ihr Investmentgeschäft ausweisen und für beide Sparten getrennte Regulierungsanforderungen erfüllen. Die Aktiva der Investmentsparte haften für die Passiva der Einlagensparte, falls erforderlich. Die Aktiva der Einlagensparte haften nicht für die Passiva der Investmentsparte, es sei denn die Eigenkapitalquote des Einlagengeschäfts ist übererfüllt.

Härtere Eigenkapital- und Haftungsregeln für die Banken.

Banken, die ihr Eigenkapital riskiert und verloren haben, müssen abgewickelt werden. Deshalb ist sicherzustellen, dass ihr Zusammenbruch das Finanzsystem nicht gefährden kann. Die AfD plädiert für eine entsprechend scharfe Bankenaufsicht und -regulierung.

Für mehr Demokratie und gegen EU-Zentralismus.

Die EU steht im Spannungsfeld zwischen Souveränitätsanspruch der Mitgliedsstaaten und dem Drang der EU nach Harmonisierung, Reglementierung und Zentralisierung. So sind einerseits die meisten Mitgliedsstaaten nicht bereit, immer mehr Rechte an die EU abzugeben, andererseits fehlt es an demokratischer Legitimation, Transparenz und Kontrolle der europäischen Institutionen. Der europäischen Politik und ihren Institutionen fehlt es an echter Oppositionspolitik, echten Wahl- und Abwahlmöglichkeiten und der Bereitschaft, echte Alternativen zu entwickeln. Stattdessen verfängt sich Brüssel immer stärker im Sumpf einer selbstgeschaffenen, hochkomplexen Bürokratie.

Besonders die Bürger in den hoch verschuldeten Ländern der Eurozone leiden unter einem der Eurorettung geschuldeten Demokratiedefizit und der damit einhergehenden Fremdbestimmung. Eine demokratisch nicht legitimierte „Troika“ - bestehend aus Vertretern der EU, der EZB und dem IWF - zwingt die von den jeweiligen Völkern gewählten Parlamente zu Haushaltskürzungen und Strukturreformen. Dies sorgt nicht nur für Widerstand gegen und Empörung über die EU, es höhlt die wichtigste Errungenschaft Europas der Nachkriegszeit aus: Die feste Verwurzelung der Demokratien auf dem Kontinent. So fördert die Rettungspolitik das Scheitern Europas.

Rückkehr zur Subsidiarität.

Die EU hat sich im Laufe der Jahre Kompetenzen angeeignet, für die es in den europäischen Verträgen keine Grundlage gibt und die sachgerechter von den einzelnen Staaten entschieden werden könnten. Deshalb fordert die AfD eine Abkehr von dieser Politik des Zentralismus hin zu einer Aufgabenerledigung möglichst nah am Bürger. Das Subsidiaritätsprinzip muss wieder zur Geltung kommen. Der entsprechende Abschnitt im Lissabon-Vertrag über die „Anwendung der Grundsätze

der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit“ muss endlich Anwendung finden und darf nicht weiter im Zuge von Rettungsmaßnahmen für den Euro verletzt werden.

Die AfD setzt sich dafür ein, die Kompetenzverteilung zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten nach dem Subsidiaritätsprinzip zu überprüfen und, wo immer möglich, eine Rückgabe von Kompetenzen an die einzelnen Länder durchzusetzen. Zudem muss die deutsche Sprache als Ausdruck des Gewichts Deutschlands in der EU in allen europäischen Institutionen als gleichwertige Verhandlungs- und Verfahrenssprache praktiziert werden.

Darüber hinaus fordert die AfD ein wirksames Vetorecht der nationalen Parlamente gegen Entwürfe von Gesetzgebungsakten der EU-Organe. Durch das Veto eines nationalen Parlaments würde die beabsichtigte Maßnahme in dem betreffenden Land nicht umgesetzt werden dürfen. Die Unterstützung von Vorhaben, die ethisch oder moralisch kontroverse Inhalte haben (z.B. Förderung von Abtreibung zur Bevölkerungskontrolle, Legalisierung von Sterbehilfe, Forschung an embryonalen Stammzellen), gehören nicht in den Verantwortungsbereich der EU. Da die Mitgliedsstaaten unterschiedliche Wertevorstellungen haben, verlangt das Subsidiaritätsprinzip, dass Entscheidungen in diesen Fragen allein durch die nationalen Parlamente getroffen werden.

Um das Gleichgewicht zwischen den ausufernden Bestrebungen zu Zentralismus einerseits und der dringend notwendigen Rückbesinnung zur Subsidiarität andererseits wiederherzustellen, fordert die AfD die Errichtung eines Subsidiaritäts-Gerichtshofes. Vor diesem sollen Bürger und Institutionen gegen mögliche Verletzungen des Subsidiaritätsprinzips klagen können. Die Richter dieses Subsidiaritäts-Gerichtshofes sollen ausschließlich aus Richtern der oberen Gerichte der Mitgliedsstaaten bestehen und von deren nationalen Parlamenten ausgewählt werden. Der Subsidiaritäts-Gerichtshof ist ein Gegengewicht des zu Integration und Zentralismus neigenden Europäischen Gerichtshofs (EuGH) und muss von ihm unabhängig sein.

Der EuGH selbst hat sich in zahlreichen Entscheidungen weniger für die Verankerung von Verantwortung nah an den Bürgerinnen und Bürgern als für die „Verwirklichung einer immer engeren Union“ ausgesprochen.

Dadurch wirkt der EuGH an der Aushöhlung der Kompetenzen der Mitgliedsstaaten zugunsten der EU Kommission aktiv mit. Diese Rechtsgrundlage des EuGH muss grundlegend verändert werden.

Darüber hinaus fordert die AfD, dass die Auswahl für die Besetzung der obersten Richter, sei es beim Bundesverfassungsgericht, sei es beim EuGH, auf Basis wissenschaftlicher Leistung und nicht nach politischen Kriterien zu erfolgen hat.

Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips lehnt die AfD die Einrichtung einer europäischen Staatsanwaltschaft ab. Diese würde zu einer weiteren Aushöhlung des Rechtsstandards in Deutschland führen.

Die AfD setzt sich für eine Stärkung des Europäischen Rechnungshofs ein. Sie fordert, die bei der Kontrolle der Haushaltsführung der EU festgestellten Mängel sofort abzustellen und gleichzeitig die nötigen Konsequenzen für die verantwortlichen Personen zu ziehen.



Mehr Demokratie, mehr Bürgerbeteiligung.

Die AfD setzt sich für mehr direkte Demokratie und eine stärkere Beteiligung der Bürger an wichtigen Entscheidungen ein. Hätte man die Einführung des Euro damals auch den deutschen Wählern zur Entscheidung vorgelegt, stünde Europa heute besser da. Die Entfernung der Entscheidungsträger in Brüssel von Problemen und Aufgaben in den Ländern, Regionen und Kommunen hat häufig zu weltfremden Entscheidungen geführt.

Hinzu kommt, dass der im Gefolge von Eurorettungsmaßnahmen erfolgte massive und wiederholte Bruch von Verträgen und geltendem Recht das Vertrauen der Bürger in die Institutionen der Europäischen Union und in die Politik im Allgemeinen beeinträchtigt und teilweise zerstört hat.

Die AfD fordert die Wiederherstellung von Vertragstreue und Rechtsstaatlichkeit. Staatliche Organe dürfen sich selbst in Einzelfällen, und sei es für den Erhalt einer Einheitswährung, nicht über Gesetze und Verträge hinwegsetzen. Das Handeln jeder deutschen Regierung findet seine Beschränkungen im Völkerrecht, im Grundgesetz und in den Europäischen Verträgen.

Parallel zur Forderung nach mehr Subsidiarität und nach Rückverlagerung von Verantwortlichkeiten von „Brüssel“ an die Mitgliedsstaaten, setzt sich die AfD für eine Stärkung der demokratischen Legitimation der europäischen Institutionen ein. Die AfD steht sowohl für ein schlankeres als auch für ein demokratischeres Europa.

Die AfD fordert ein Vetorecht der Nettozahler, um weitere Entscheidungen gegen den Willen belasteter Staaten auszuschließen.

Die EU soll dem Bürger dienen, nicht umgekehrt. Deshalb setzt sich die AfD in Anlehnung an die „Europäische Bürgerinitiative“ für ein Bürger-Veto ein. Mit dem Bürger-Veto soll - ähnlich wie in der Schweiz - innerhalb einer bestimmten Frist (z.B. sechs Monate) mit einem definierten Quorum eine EU-Gesetzgebung in dem jeweiligen Mitgliedsstaat blockiert werden können.

Mit den von der AfD auch für Deutschland geforderten Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild soll den Bürgern über das „Bürger-Veto“ und die „Europäische Bürgerinitiative“ hinaus künftig die Möglichkeit geben werden, aktiv und selbstbestimmt über die wichtigen Entscheidungen der EU, z. B. über die Zukunft des Euro, zu entscheiden.

Erst Konsolidierung, dann Erweiterung.

Europa hat geografische, kulturelle und historische Grenzen, die von der EU nicht missachtet werden dürfen. Aus diesen Gründen lehnt die AfD die Aufnahme der Türkei in die europäische Union ab. Die Aufnahmeverhandlungen mit der Türkei sind zu beenden.

Nichteuropäische Länder können im Rahmen von Assoziierungsabkommen an der europäischen Nachbarschaftspolitik partizipieren.

Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass die Aufnahme weiterer Länder Europas in die EU erst nach Erfüllung aller Aufnahmekriterien sowie nach einer Konsolidierung der EU in ihrer heutigen Gestalt in Erwägung gezogen werden kann. Voraussetzung ist jeweils eine Volksabstimmung in Deutschland.

Unterhalb der Vollmitgliedschaft befürwortet die AfD ein flexibles Netzwerk der verschiedenen Geschwindigkeiten, an dem jeder europäische Staat gemäß seinen Bedürfnissen und Möglichkeiten teilnehmen kann.

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

Die AfD bejaht die gemeinsame Verfolgung europäischer Interessen und damit eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU in den Bereichen, in denen die EU gemeinsame Interessen ihrer Mitgliedsstaaten vertritt. In Politikbereichen, für die nach EU-Recht die Mitgliedsstaaten zuständig sind, muss sich die Außen- und Sicherheitspolitik an den nationalen Interessen orientieren.

Das gemeinsame außenpolitische Interesse der EU ergibt sich aus der Schnittmenge der unterschiedlichen nationalen Interessen. Dabei kommt für Deutschland neben dem guten Verhältnis zu Frankreich, den anderen Nachbarn und den USA, auch dem Verhältnis zu Russland eine besondere Bedeutung zu. Die Einbindung in den Westen darf Deutschland nicht daran hindern, dem Nachbarn im Osten besondere Aufmerksamkeit zu widmen und daran mitzuwirken, Probleme zwischen Russland und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion im Einvernehmen mit diesen zu lösen. Das gilt auch für eventuelle Beitritts- oder Assoziierungsgespräche.

Die Nato ist und bleibt die Klammer einer transatlantischen Sicherheitsarchitektur, deren entscheidender Anker das Bündnis mit den USA ist. Für einen europäischen Verteidigungsminister oder gar eine europäische Armee bleibt daneben kein Raum. Doch bei aller Bündnistreue müssen Grenz- und Regelüberschreitungen der USA - wie im Falle der NSA-Datensammlung - ggf. diplomatisch und rechtlich entschieden entgegen getreten werden.

Eine Mitwirkung der Bundeswehr an militärischen Einsätzen, die einzelne EU-Länder ohne vorherige Abstimmung begonnen haben, befürwortet die AfD nicht, es sei denn, es besteht daran ein begründetes nationales deutsches Interesse.

Die AfD lehnt jede Vergemeinschaftung von Polizei, Militär und Geheimdiensten ab und verwahrt sich gegen alle Versuche, diese Kräfte zur Unterdrückung politischer und sozialer Unruhen in einzelnen Mitgliedsländern einzusetzen. Die AfD wird aber dafür eintreten, dass sich die für die strategische Planung zuständigen GASP-Gremien (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) verstärkt mit Bedrohungsszenarien befassen, die durch neue Formen des internationalen Terrorismus entstanden sind.

Kein Freihandelsabkommen zu Lasten Europas.

Freier Handel ist eine wesentliche Grundlage unseres Wohlstands. Der Europäische Binnenmarkt ist ein überzeugendes Beispiel dafür. Das gegenwärtig unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelte Freihandelsabkommen „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP) zielt jedoch auf eine Verwässerung des Verbraucherschutzes, des Umweltschutzes, der Rechtssicherheit, der Sozialstandards und der Kulturpolitik.

Zudem darf das Abkommen eine weitere Ausgestaltung dieser Bereiche durch die demokratisch legitimierten Gesetzgeber in den Mitgliedsstaaten und in der EU nicht ausschließen.

Da die Verhandlungen intransparent und hinter verschlossenen Türen geführt werden, muss befürchtet werden, dass der Schutz der europäischen Qualitäts-, Gesundheits- und Sicherheitsstandards nicht gewährleistet ist. Die Geheimhaltung widerspricht zudem unserem Verständnis einer mündigen Demokratie.

Unter diesen Umständen lehnt die AfD eine Beschlussfassung über das Freihandelsabkommen mit den USA ab.

Menschenwürdige Zuwanderungs- und Asylpolitik.

Die AfD tritt für ein offenes und ausländerfreundliches Deutschland ein und bejaht sowohl die Niederlassungsfreiheit als auch die Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Unsere demographische Entwicklung erfordert eine qualifizierte Zuwanderung, durch welche die Versorgung einer alternden Bevölkerung ebenso sichergestellt werden kann wie der Bedarf der Wirtschaft an hochqualifizierten Arbeitskräften.

Die Einkommen, die Sozialleistungen und die Lebensstandards unterscheiden sich innerhalb der EU stark. Das Wohlstandsgefälle zu Deutschland ist teilweise erheblich. Der verfrühte Beitritt Rumäniens und Bulgariens, in denen heute pro Einwohner nur knapp halb so viel Bruttoinlandsprodukt erzielt wird wie im Rest der EU, führt zu verstärkter Migration auf Basis der EU- Freizügigkeitsrichtlinie. Das deutsche Sozialstaatsprinzip steht daher in einem Spannungsfeld mit dem Recht der Migranten auf freie Wohnsitzwahl als Arbeitnehmer, dem Prinzip der Nichtdiskriminierung sowie der sozialen Inklusion für alle Bürger. Langfristig drohen eine Überforderung der Sozialbudgets und die Erosion des Sozialstaates.

Thema: Mut zu Deutschland!

Mut zur Wahrheit in Europa: Nie waren im Süden Europas die sozialen Verwerfungen schlimmer, nie war im Euroraum die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit, höher, nie war die Staatsverschuldung alarmierender und nie hatten die Staatsregierungen weniger Hemmungen, Verträge zu brechen und Stabilitätskriterien zu missachten, als heute. Die Altparteien haben die Zukunft Europas für die Euro- und Bankenrettung geopfert. Dazu muss es eine Alternative geben!

Bisher haben die Regierungen der Eurogruppe die Wahrheit durch EU-Kommissare, bürokratische Regelwerke und verschleiernde Abkürzungen vernebelt. Ob ESM, ESFM, EFSF, OMT oder Eurobonds, am Ende wird es unser Geld kosten. Die AfD will diesen Nebel lichten! Die Bürger der Eurozone haben ein Recht darauf zu erfahren, welche sachfremden Interessen bei den Maßnahmen der Banken- und Eurorettung in den verschiedenen Krisenstaaten eine Rolle gespielt haben. Deshalb wird die AfD im Europäischen Parlament nach Art. 226 AEUV<sup>2</sup> und nach Art. 185 der Geschäftsordnung einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses einbringen. Die Akteure in der Brüsseler Kommission und der EZB, die für die Eurorettungspolitik verantwortlichen Politiker der Länder, wie auch die Vertreter der beratenden Banken sollen sich öffentlich für ihre oft im Geheimen getroffenen Maßnahmen rechtfertigen müssen.

Dieser Untersuchungsausschuss soll Transparenz über die Verflechtungen von Investmentbanken mit den Spitzen der EU-Organen herstellen. Er soll dies ebenso für nationale Regierungen, die von den

Maßnahmen der Eurorettung profitiert haben, tun. Er soll schließlich die zahllosen Beraterverträge untersuchen, die von den Regierungen der Krisenstaaten, von der Troika oder von der EZB abgeschlossen wurden.

Deutschland hat gemeinsam mit Frankreich, Italien und den Benelux-Staaten 1957 mit den Römischen Verträgen die Grundlagen für die heutige EU gelegt. Seither war Deutschland loyal der europäischen Idee verpflichtet. Das wird sich mit der AfD nicht ändern. Aber mit jedem neuen Mitglied der Europäischen Gemeinschaft wurden für Deutschland die Pflichten zahlreicher und die Kosten höher. Im Gegensatz zur von in- und ausländischen Politikern geschürten Wahrnehmung wurde der tatsächliche Einfluss Deutschlands auf die Geschicke Europas immer geringer. Die AfD will Deutschlands Rolle in der EU wieder stärken. Deutschland muss entsprechend seiner Einwohnerzahl und seiner ökonomischen Bedeutung entsprechend ein größeres Gewicht in den europäischen Institutionen zugestanden werden. Sonst werde die EU-Kommission, der ESM und die EZB, in der die Nehmerländer die Mehrheit haben, immer häufiger Beschlüsse zu Lasten Deutschlands und anderer potenzieller Geberländer treffen.

Niemand kennt die Kosten der Euro-Rettung, doch sie werden bezahlt werden müssen! Schlimmer noch, der im Gefolge von Eurorettungsmaßnahmen um sich greifende Zentralismus, die damit unausweichlich gewordene Gleichmacherei („Harmonisierung“) und die Sozialisierung europäischer Staats- und Bankschulden gehen zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit aller Länder in der Eurozone. Diese aber stehen im globalen Wettbewerb. Langfristig werden sich die Länder der EU, die sich dem Euro nicht angeschlossen haben - und viele andere Wettbewerber - auf dem Weltmarkt besser entwickeln können und die Eurozone hinter sich lassen. Die der Eurorettungspolitik geschuldete Angleichung der Produktivität der Länder innerhalb der Eurozone mag den Euro auf längere Zeit unter hohen sozialen und finanziellen Kosten retten, führt aber gleichzeitig zu einer Beschädigung aller Länder in der Eurozone im Vergleich zu ihren globalen Wettbewerbern. Statt eurozentrische Nabelschau zu betreiben, behält die AfD die fortschreitende Globalisierung im Blick. Allein die Beispiele Schweden, Dänemark, Tschechien und die Schweiz zeigen, dass ein zentralistischer, gleichgeschalteter und unbeweglicher Koloss mit einer Einheitswährung sich niemals im weltweiten Wettbewerb um die besten Ideen so behaupten wird, wie dezentral organisierte, auf Eigenverantwortung beruhende und untereinander im Wettbewerb stehende Nationen.

Noch nie haben nach dem Zweiten Weltkrieg so viele Politiker so viele Versprechen gebrochen und Gesetze missachtet wie es seit Mai 2010 zur Erhaltung der Einheitswährung der Fall ist. Für den Götzen des Euro haben die Altparteien die gedeihliche Zusammenarbeit zwischen den Völkern und den Wohlstand in den Ländern der Eurozone auf dem Altar einer Einheitswährung aufs Spiel gesetzt. Um diesen verhängnisvollen Weg ohne viele Widerstände beschreiten zu können, haben sie, die Bundeskanzlerin vorneweg, das Diktum der „Alternativlosigkeit“ zur Staatsraison erklärt. Spätestens die jüngste Stellungnahme des Bundesverfassungsgerichts, welches die von der Bundesregierung unterstützten Rechtsbrüche der Europäischen Zentralbank offenlegte, hätte genügen müssen, diesem Treiben ein Ende zu bereiten.

Die Rettung des Euro „koste es (die Deutschen, die Holländer, die Österreicher und die Finnen) was es wolle“, muss beendet werden. Dazu ist die Auflösung bzw. Umgestaltung der Eurozone zwingend nötig.

Die Institutionen, die zur „Rettung“ des Euro, zur Verschleppung der Staatsschuldenkrise und zur Vergemeinschaftung der enormen Bankschulden auf europäischer Ebene geschaffen wurden und werden, sind besorgniserregend. ESM, EFSF, Bankenunion und die Abteilung monetäre Staatsfinanzierung der EZB verfügen über enorme - bei der EZB sogar praktisch unbegrenzte - finanzielle Mittel. Gleichwohl unterliegen sie keiner nennenswerten parlamentarischen Kontrolle. Sie sind die großen Säulen zum Bau einer Europäischen Wirtschaftsregierung, zur Errichtung eines zentralistischen, bürokratischen und technokratischen europäischen Überstaats, der bürgerfern und undemokratisch ist. In beängstigendem Tempo ist dieser Überstaat in den letzten vier Jahren gewachsen. Wenn wir ihm jetzt nicht entgegentreten, werden wir ihn nicht mehr stoppen können!

Gemeinsam mit Gleichgesinnten wird die AfD im Europäischen Parlament gegen diesen Überstaat und gegen die Euro-Schuldenpolitik kämpfen. Die AfD wird ihre parlamentarischen Frage- und Informationsrechte nutzen, um die deutschen Bürger rechtzeitig und angemessen vor den neuesten Entwicklungen zu warnen. Die AfD wird die deutschen Wähler aufrütteln angesichts des drohenden Verlusts unserer Souveränität an ein unausgegorenes Konstrukt der Vereinigten Staaten von Europa. Die AfD wird der Leisetreteri und Bagatellisierungstaktik der Altparteien keine Chance lassen. Die AfD wird Europa zum Guten verändern, weil sie die Altparteien verändern wird.

Mit dem Wahlerfolg der AfD wird in Deutschland die Politik der schleichenden EU-Erweiterung und -Vertiefung am Ende sein, weil die Position der Altparteien unhaltbar werden wird. Wenn aber Union und SPD aus Angst vor dem Wählerwillen den Wählerwillen zu erfüllen beginnen, dann kann Europa das werden, was es schon längst sein müsste: Ein demokratischer, rechtsstaatlicher Bund freier, souveräner Staaten mit einem großen, leistungsfähigen Binnenmarkt, der allen Völkern Wohlstand, Beschäftigung und soziale Sicherung bietet.

Die Alternative für Deutschland wird nahezu bei jeder Umfrage in den letzten Wochen vor den Wahlen mit durchweg 6-7 Prozent taxiert. Das dürfte bedeuten, dass die Alternative für Deutschland mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit mit 5-8 Abgeordneten in das nächste Europäische Parlament einziehen wird.

Laut der aufgestellten Liste der Alternative für Deutschland würden dann nachfolgend aufgeführte Kandidaten in das Europäische Parlament einziehen:

#### 1. Prof. Dr. Bernd Lucke:

Bernd Lucke (Jahrgang 1962) ist verheiratet und hat 5 Kinder. Er lehrt als Professor Volkswirtschaftslehre an der Universität in Hamburg und ist Mitbegründer der Alternative für Deutschland und seither dessen Sprecher (Vorsitzender). Zuvor war dieser 33 Jahre Mitglied der CDU. Er kandidierte bereits im Jahre 2013 als Spitzenkandidat der AfD auf der Landesliste des Landes Niedersachsen zur Bundestagswahl.

#### 2. Prof. Dr.-Ing. Hans-Olaf Henkel

Hans-Olaf Henkel (Jahrgang 1940) ist verheiratet und hat 4 Kinder. Er ist erst Anfang des Jahres 2014 der Alternative für Deutschland beigetreten und ist seit März 2014 Sprecher im Bundesvorstand der

Partei. In seinem vorherigen Berufsleben war er unter anderem Industriemanager bei IBM, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie sowie Präsident der Leibniz-Gemeinschaft. Seit November 2000 lehrt er als Honorarprofessor am Lehrstuhl Internationales Management der Universität Mannheim und hält dort die Vorlesung „Management in einer globalisierten Welt“.

### 3. Bernd Kölmel

Bernd Kölmel (Jahrgang 1958) ist gelernter Polizeibeamter und hat es in seiner weiteren Laufbahn bis zum Ministerialrat gebracht. Er war viele Jahre Mitglied der CDU und ist für die Alternative für Deutschland in einem Landesvorstand tätig.

### 4. Beatrix von Storch

Beatrix von Storch (Jahrgang 1971) ist kinderlos und verheiratet mit Sven von Storch. Nach ihrer Ausbildung zur Bankkauffrau studierte sie Rechtswissenschaften in Heidelberg und Lausanne. Seit dem Jahre 2001 ist diese als Rechtsanwältin tätig. Frau von Storch ist Gründerin und Sprecherin der Zivile Koalition sowie Mitglied der Friedrich August von Hayek-Gesellschaft. Sie gilt als wertkonservativ.

### 5. Prof. Dr. Joachim Starbatty

Prof. Dr. Joachim Starbatty (Jahrgang 1940) ist verheiratet und wohnt in Tübingen. Er ist emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre der Eberhard Karls Universität Tübingen und Vorsitzender der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft. Er war einer der Kläger gegen den ESM beim Bundesverfassungsgericht.

### 6. Ulrike Trebesius

Ulrike Trebesius (Jahrgang 1970) ist verheiratet und hat eine Tochter. Sie ist studierte Bauingenieurin und arbeitet in einem mittelständischen Unternehmen. Sie kandidierte bereits im Jahre 2013 auf der AfD-Liste für den Bundestag.

### 7. Marcus Pretzell

Marcus Pretzell (Jahrgang 1973) ist verheiratet und hat 4 Kinder. Er ist studierter Jurist und Immobilienentwickler (Baurecht). Er ist Mitglied im Bundesvorstand der Alternative für Deutschland und bekannt für seine Meinungsverschiedenheiten mit dem Vorsitzender Bernd Lucke.

### 8. Dr. Marc Jongen

Dr. Marc Jongen (Jahrgang 1968) ist studierter Philosoph. Seit dem Jahre 2009 ist er Leiter des HfG Forschungsinstituts sowie wissenschaftlicher Mitarbeiter und Dozent an der Hochschule für Gestaltung Karlsruhe. Dort ist er außerdem Assistent des Rektors Peter Sloterdijk.